



Was diese Woche wichtig war

Putsch im Sudan, Facebook wird Meta – und was bringt der Klimagipfel?

Woche 43/2021 – das Nachrichtenbriefing aus der Republik-Redaktion und die aktuelle Corona-Lage.

Von [Elia Blülle](#), [Adrienne Fichter](#), [Oliver Fuchs](#), [Sven Gallinelli](#), [Theresa Hein](#), [Olivia Kühni](#), [Christof Moser](#) und [Cinzia Venafro](#), 29.10.2021

Klimagipfel: Das grosse Hoffen in Glasgow

Darum geht es: Am Sonntag wird die 26. Klimakonferenz (COP26) eröffnet. Während rund zwei Wochen verhandeln Delegierte aus aller Welt in Glasgow über neue Regeln zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Vor der Konferenz hätten die am Abkommen beteiligten Staaten ihre nationalen Klimastrategien überarbeiten und verschärfen sollen. 116 Länder plus die Europäische Union haben neue Pläne eingereicht, drei weitere haben neue Klimaziele vorgeschlagen. 46 Nationen lassen noch auf sich warten. Ein neuer Bericht der Uno stellte diese Woche fest, dass die bisher eingereichten Massnahmen und Ziele nicht ausreichen. Stand jetzt würde sich die Welt bis im Jahr 2100 um 2,7 Grad erwärmen. Damit würde das in Paris festgelegte Ziel von einer Begrenzung der globalen Erwärmung um 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit massiv überschritten.

Warum das wichtig ist: Die Klimakonferenz in Glasgow gilt als wichtigstes Zusammentreffen der Vertragsstaaten seit dem Übereinkommen von Paris 2015. Da die Konferenz 2020 wegen Corona ausfiel, hat sich die Dringlichkeit noch einmal verschärft. In Glasgow verhandeln die Delegierten einerseits neue Regeln für die CO₂-Märkte, andererseits aber auch die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. Beides sind wichtige Elemente, um den globalen Klimaschutz voranzutreiben. Neben den Verhandlungen werden viele Nationen, aber auch Konzerne, die öffentliche Bühne nutzen, um neue Klimamassnahmen anzukündigen. Hoffnung macht, dass grosse Emittenten wie China und die USA in den vergangenen zwei Jahren eigene Klimaziele verabschiedet und wichtige neue Massnah-

men zur Senkung der Emissionen beschlossen haben. So kündigte China jüngst an, komplett aus der Finanzierung ausländischer Kohlekraftwerke auszusteigen.

Was als Nächstes geschieht: Am nächsten Montag und Dienstag kommen zuerst die Staats- und Regierungschefs zusammen. Auch die Schweiz wird während der Konferenz gleich mit drei Bundesräten – Guy Parmelin, Ueli Maurer und Simonetta Sommaruga – vertreten sein. Es werden rund 28'000 Menschen am Klimagipfel teilnehmen.

Facebook bekommt einen neuen Namen – und gerät weiter unter Druck

Darum geht es: Der Konzern hat gestern angekündigt, dass er seinen Namen in «Meta» ändern will, und hat eine Investitionsoffensive in virtuelle Welten angekündigt, das sogenannte «Metaverse». Nach einer für den Konzern desaströsen Anhörung der Whistleblowerin Frances Haugen vor dem US-Senat legen nun Medien rund um den Globus mit weiteren Enthüllungen nach. Dies auf Basis von internen Dokumenten, Präsentationen und Studien, die Haugen mitgenommen und dem Senat zur Verfügung gestellt hatte. Die Zusammenfassung der sogenannten «Facebook Files»: Der Konzern ignoriert Risiken und Nebenwirkungen seiner Plattformen.

Warum das wichtig ist: Facebook brüstet sich gern mit seiner branchenweit einzigartigen Forschungsabteilung, doch ein Teil dieses Teams ist frustriert und wütend. Facebook gebe zwar Studien in Auftrag, setze die Empfehlungen dann aber nicht um. Am Ende setze sich fast immer die Marketingabteilung durch, Warnungen würden ignoriert. Eine Auswahl: Facebooks künstliche Intelligenz zur Erkennung von Hass ist offenbar ausgesprochen dumm, wie interne Forscher aufzeigten. Eine Studie spricht von einer Erkennungsrate von zwei Prozent, eine andere nennt drei bis fünf Prozent. Dasselbe gilt für die Erkennung von Postings in nicht-westlichen Sprachen. Auf Arabisch können die Algorithmen beispielsweise nicht zwischen Koranzitaten und Aufrufen zu Gewalt differenzieren. Ausserdem fehlen Moderatorinnen mit Sprachkenntnissen. Die Inhalte, die Jugendliche auf Instagram sehen, sind eine Gefahr für ihr Selbstwertgefühl, können Depressionen auslösen oder sogar Suizidgedanken hervorrufen. Ein geheimes Programm nimmt rund sechs Millionen Accounts gleich ganz von den Community-Richtlinien aus. Die meist prominenten Inhaber durften die Hausregeln brechen, ohne dafür sanktioniert zu werden.

Wie es weitergeht: Frances Haugen tourt gerade durch Europa, sie wird in London, Berlin, Paris und Brüssel Politikerinnen Rede und Antwort stehen. Ihre Erkenntnisse werden sicherlich den Digital Services Act und den Digital Markets Act (zurzeit debattiert in der EU) sowie Regulierungsvorhaben in den USA beeinflussen.

Sudan: Das Militär putscht

Darum geht es: Am Montag kam es im Sudan zu einem Militärputsch. Der höchste General des Landes, Abdel Fattah Burhan erklärte den Ausnahmezustand und Premier Abdalla Hamdok und dessen Regierung für abgesetzt. An der Macht ist jetzt eine Übergangsregierung aus «unabhängigen Experten». Hamdok wurde festgenommen und steht nun wohl unter Hausarrest. Weitere zivile Vertreter aus Hamdoks Regierung gelten nach wie vor als verschleppt. Proteste auf den Strassen Khartums wurden laut Beobachtern vom Militär brutal niedergeschlagen und mehrere Demonstranten

erschossen. General Burhan begründete den Putsch damit, dass er einen Bürgerkrieg verhindert hätte. Inzwischen hat die Armee mehrere Diplomaten im Land von ihren Aufgaben entbunden.



Demonstrationen gegen den Militärputsch in Khartoum, der Hauptstadt des Sudan. Mahmoud Hjjaj/Anadolu Agency/dpa

Warum das wichtig ist: Sudans Wirtschaft ist marode und wird zu grossen Teilen durch das Militär kontrolliert. Der Diktator Omar al-Bashir, der fast dreissig Jahre an der Macht war, führte das Land in die Isolation, 2019 wurde er gestürzt. Seit 2020 hatte im Land ein sogenannter «Souveräner Rat» regiert, der sich aus zivilen Kräften und dem Militär zusammensetzte. Seit Monaten gibt es Spannungen zwischen den beiden Kräften. Im Westen des Sudan befindet sich die Region Darfur. Der dort seit 2003 andauernde Konflikt ist Teil der übergreifenden politischen Systemkrise des Sudan. Einer der Kommandeure einer paramilitärischen Gruppe, der RSF (Rapid Support Forces), sitzt auch im «Souveränen Rat», er könnte einer der Hauptakteure im Putsch sein. Die RSF bestehen zu grossen Teilen aus gefürchteten Mitgliedern einer Miliz, der in Darfur Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

Was als Nächstes geschieht: Für das Jahr 2023 hat die Armeeführung Wahlen angekündigt. Die Hoffnung auf einen demokratischen Wandel werde aber von Tag zu Tag geringer, sagte die EU-Sonderbeauftragte in einem Interview. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beriet am Montag über die Lage, der internationale Druck auf die neuen Machthaber wächst. Die USA froren am Montag Finanzhilfen in Höhe von 700 Millionen Dollar ein. In einer gemeinsamen Erklärung der EU-Delegation und mehrerer europäischer Botschaften sowie der USA wurde die Wiedereinsetzung des Premiers gefordert. Als Verbündete des Sudan gelten Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudiarabien.

EU im Streit mit Polen: Gerichtshof spricht hohe Strafe

Worum es geht: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Polen zu einer Strafe von einer Million Euro verurteilt – und zwar pro Tag. Grund ist das Verhalten der Regierung in Warschau. Diese ignoriert seit Monaten Anweisungen des EuGH zur umstrittenen Justizreform in Polen. Luxemburg verlangt von Polen, dass dieses die Disziplinarkammer zur Bestrafung von Richtern stoppt. Diese Einhaltung der Anordnung ist in den Augen der

EU-Richterinnen nötig, um «schweren und nicht wiedergutzumachenden Schaden» von der Rechtsordnung der Europäischen Union und den Werten, auf denen diese beruhe, abzuwenden, so der Vizepräsident des Gerichtshofs am Mittwoch dieser Woche in einer Mitteilung.

Warum Sie das wissen müssen: Mit der Strafzahlung ist eine neue Stufe der Eskalation im Streit Polens mit der EU erreicht. Der EuGH versucht seit Jahren mit Urteilen zu verhindern, dass in Polen der Rechtsstaat ausgehöhlt wird. «Das wird sehr hart für die Bevölkerung sein, für uns, die Steuern zahlen. Aber das ist die einzige Möglichkeit für die Kommission», sagt die Oppositionspolitikerin Róza Thun zum Urteil. Die Europaabgeordnete Polens unterstützt den harten Kurs gegen ihre eigene Regierung in Warschau. «Die europäische Union wird zerfallen, wenn die Entscheidungen des EuGH nicht respektiert werden», so Thun. Die nationalkonservative Regierung der «Recht und Gerechtigkeit»-Partei (PiS) hat eine Disziplinarkammer geschaffen, die polnische Richter und Staatsanwältinnen beaufsichtigt. Diese Kammer besteht aus eigentlichen «Schattenrichtern» und wird von der Regierung ernannt. Der EuGH ist deshalb zum Schluss gekommen, dass die polnische Justiz nicht mehr unabhängig ist. Zuletzt forderte der EuGH im Juli, die Kammer abzuschaffen. Seither ist jedoch nichts geschehen in Warschau.

Wie es weitergeht: Die EU-Kommission hat neben der Millionenbusse damit gedroht, Polen Milliarden an EU-Fördergeldern zu streichen, aber auch Geld aus dem Corona-Aufbaufonds. Polens Ministerpräsident nennt dieses Vorgehen «Erpressung». In einem Interview mit der «Financial Times» wählt Mateusz Morawiecki zudem mehr als drastische Worte: «Wenn sie den Dritten Weltkrieg beginnen, werden wir unsere Rechte mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen», so der Ministerpräsident. In den Augen seiner Partei ist die Justizreform nötig, um Überbleibsel im Justizsystem aus kommunistischen Zeiten loszuwerden. Die Million Euro pro Tag ist nicht die erste saftige Geldstrafe aus Luxemburg: Polen muss bereits seit September täglich eine halbe Million Euro bezahlen, weil es an der Grenze zu Tschechien den Braunkohleabbau fortführt – entgegen einem EuGH-Urteil. Gegen den Abbau hatte Tschechien geklagt, weil der Abbau die Trinkwasserqualität in der Region gefährde. In Polen selbst entschied kürzlich das Verfassungsgericht, dass polnisches Recht über EU-Recht steht. Über allem steht die Frage, in welche Richtung sich die EU entwickelt: in eine *ever closer union* («immer engere Union») oder einen Bund souveräner Nationalstaaten. Die Antwort darauf könne nicht durch Gerichtsurteile, sondern politisch gefunden werden, so Kritiker der Geldbusse. Morawiecki wiederum droht damit, dass Polen wichtige Vorhaben der EU-Kommission wie etwa das Klimapakete blockieren könnte.

Türkei: Ein diplomatisches Katz-und-Maus-Spiel

Darum geht es: In der Türkei ist man knapp an einer diplomatischen Krise vorbeigeschrammt. Ursprung des Konflikts: Zehn Botschafter ausländischer Nationen forderten letzte Woche mit einer Notiz, dass der Aktivist Osman Kavala freigelassen werden soll. Kavala sitzt seit 2017 in der Türkei in Haft; dem Unternehmer, Mäzen und Menschenrechtler wird seine Mitwirkung an regierungskritischen Protesten vorgeworfen. Die Aktion der Botschafterinnen hat umgehend den Zorn des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf sich gezogen. Er drohte den Botschaftern mit einem Rauswurf.



Ihr könnt nach Hause fliegen! Mitglieder des Türkischen Jugendbundes (TGB) protestieren vor der US-Botschaft in Ankara gegen die Äusserungen von Diplomaten im Fall Osman Kavala. Evrim Aydin/Anadolu Agency/dpa

Warum das wichtig ist: An der Aktion waren die Botschafter mächtiger Länder beteiligt, darunter diejenigen aus den USA, Deutschland, Frankreich, den skandinavischen Staaten und Kanada. Mit dem Rauswurf wären also gewichtige Länder vorübergehend nicht mehr in der Türkei vertreten gewesen. Darüber hinaus aber haben die Diplomaten mit ihrem Vorgehen auch gegen das Protokoll verstossen. Dieses gebührt international, dass sich Botschafter nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten ihres Gastlandes einmischen. Umgekehrt ist aber auch längst klar, dass Erdogans Wutausbrüche oft auch taktischer Natur sind, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, etwa dem Werteverfall der türkischen Währung.

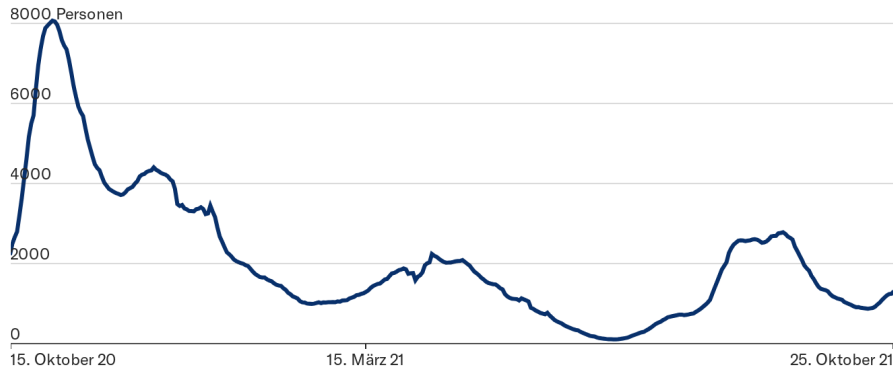
Was als Nächstes geschieht: Das Diplomatenkorps hat plötzlich zu alten Gepflogenheiten zurückgefunden, unter Anführung der USA: Man betonte, dass man sich weiterhin an die Wiener Konvention halten werde, dem Regelwerk für den Austausch von Botschafterinnen. Dort besagt Artikel-41, dass man als Diplomat die Innenpolitik des Gastgebers unkommentiert lässt. Das hat auch Erdoğan wieder milde gestimmt und damit ist der Verbleib der Diplomaten in der Türkei gesichert. «Wir gehen davon aus, dass die Botschafter in Zukunft vorsichtiger sein und unsere Souveränität achten werden. Wer das nicht befolgt, kann nicht in unserem Land bleiben», so Erdoğan.

Der Corona-Lagebericht

Der Trend verfestigt sich, seit zehn Tagen steigt der Schnitt der täglichen Neuinfektionen nun an. Wie ein BAG-Vertreter am Dienstag ausführte, habe sich die Lage besonders in der Zentral- und Ostschweiz stark verschlechtert. Tanja Stadler, Präsidentin der wissenschaftlichen Taskforce des Bundes, prognostizierte selbentags ab nun eine Verdoppelung der Fallzahlen alle zwei Wochen.

Täglich wieder weit mehr als 1000 Neuinfektionen

Positiv getestete Personen: gleitender Mittelwert über 7 Tage



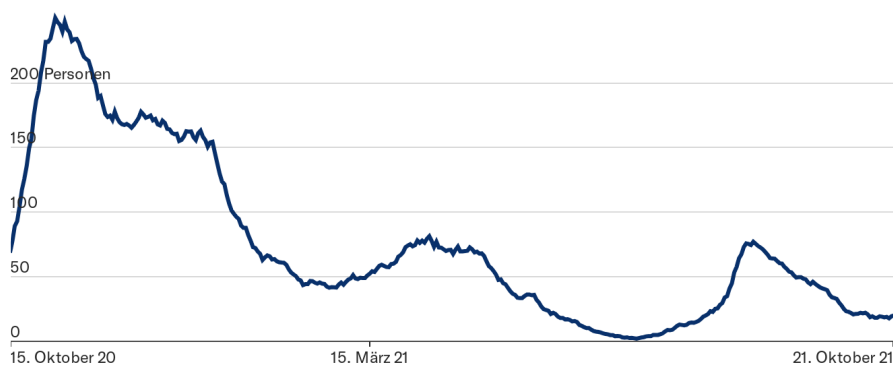
Die Daten nach dem 25. Oktober sind vermutlich noch unvollständig, deshalb haben wir sie nicht berücksichtigt. Stand: 28. Oktober 2021. Quelle: [Bundesamt für Gesundheit](#)

Übernächste Woche will der Bund mit einer nationalen Impfoffensive deutlich mehr Menschen zum Impfen bewegen als die derzeit etwa 18'000-pro Tag. Sollte die Aktion verpuffen, dann rechnet die Taskforce über den Winter mit 15'000 bis 30'000 Hospitalisierungen.

Nachdem die Spitaleinweisungen seit August stetig weniger geworden sind, steigen sie leider nun wieder langsam an.

Auch in den Spitälern wird die Trendwende sichtbar

Spitaleintritte: gleitender Mittelwert über 7 Tage



Die Daten nach dem 21. Oktober sind vermutlich noch unvollständig, deshalb haben wir sie nicht berücksichtigt. Stand: 28. Oktober 2021. Quelle: [Bundesamt für Gesundheit](#)

Während noch immer die grosse Mehrheit der Patientinnen im Spital ungeimpft ist, hat der Anteil der Geimpften in den letzten Wochen zugenommen. Diese Woche hat die Zulassungsstelle Swissmedic nun grünes Licht für Auffrischungsimpfungen gegeben, ab Mitte November wollen die Kantone damit beginnen. Zunächst werden alte Menschen, ganz besonders in Alten- und Pflegeheimen im Fokus stehen – dieselben Risikogruppen, welche auch im Winter und Frühling zuerst die Impfung bekommen konnten. Einerseits, weil ein Teil der Immunantwort über die Monate schwächer wird, andererseits, weil für gebrechliche Menschen generell die höchste Gefahr von Sars-CoV-2 ausgeht.

Zum Schluss: Das perfekte Opfer

Kennen Sie den «Drachenlord»? Falls nein: Er heisst Rainer Winkler, er wohnt in Bayern, auf dem Land, im Haus seiner Eltern. Rainer Winkler mag Metalmusik – und er fasst am 11. August 2011 den folgenschweren Entschluss, ein Youtube-Profil zu erstellen. Winkler hat einen breiten Dialekt, er ist dick, drückt sich unbeholfen aus – und findet im Internet das Gegenteil von dem, was die Social-Media-Konzerne ihren Nutzerinnen versprechen. Winkler findet keine Community, er findet keine Freunde, Winkler findet ein tiefes schwarzes Loch, und er findet tausende Menschen, die ein perverses Vergnügen daran haben, ihn fertigzumachen. Das vorläufige Ende dieser Geschichte: am 21. Oktober wird Rainer Winkler vom Amtsgericht in Neustadt an der Aisch wegen gefährlicher Körperverletzung und anderer Straftaten zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. «Ein katastrophales Versagen von Justiz, Medien und Gesellschaft», schreibt der deutsche Kolumnist und Internetaktivist Sascha Lobo über dieses Urteil. Es lohnt sich, Lobos Text zu lesen, und das nächste Mal, wenn Ihnen im Netz irgendein lustiger Tollpatsch vorgeführt wird, kurz an die Geschichte vom Drachenlord zu denken.

Was sonst noch wichtig war

- **Schweiz I:** Beim Aargauer Verlag ZT Medien, der unter anderem das «Zofinger Tagblatt» herausgibt, kommt es zu einer Massenentlassung – 50 von 175 Mitarbeiterinnen sind betroffen, 37,5 Vollzeitstellen werden abgebaut. Die Hiobsbotschaft reiht sich nahtlos ein in den rasanten Abbau und die Konzentration in der Schweizer Medienbranche.
- **Schweiz II:** Das Bundesgericht hat Massnahmen wieder in Kraft gesetzt, die den Persönlichkeitsschutz von Jolanda Spiess-Hegglin garantieren sollen. Damit darf ein Buch der Journalistin Michèle Binswanger über sie vorerst nicht erscheinen. Definitiv entschieden ist der Fall aber noch nicht.
- **Deutschland:** Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat im Zuge der «NSU 2.0»-Ermittlungen Anklage gegen einen Mann erhoben, der insgesamt 116 Drohschreiben mit teilweise rassistischem Inhalt an öffentliche Personen mit türkischem Migrationshintergrund und an Politikerinnen versandte. Er unterzeichnete sie teilweise mit «Heil Hitler».
- **Grossbritannien:** Mindestens zwei an Covid erkrankte Patienten sind verstorben, während sie vor überfüllten Notaufnahmen in Rettungswagen warteten. Die Behörden rechnen zurzeit mit bis zu 100'000 Covid-Neuinfektionen pro Tag.
- **Taiwan:** Die Präsidentin von Taiwan, Tsai Ing-wen, warnte in einem Interview mit CNN, die Bedrohung durch China wachse «jeden Tag». Sie bestätigte zum ersten Mal öffentlich, dass die USA auf der Insel Truppen stationiert haben.
- **Burma:** Das Militärregime hat den Widerstandskämpfer Ko (Bruder) Jimmy festgenommen. Der einstige Studentenführer ist einer der langjährigsten und bekanntesten Demokratieaktivisten des Landes.
- **Klimakrise:** 1100 Angestellte der Unternehmensberatung McKinsey & Company haben die Firmenführung im Frühling in einem internen Brief aufgefordert, gegenüber Kunden eine konsequentere Haltung zur Klimakrise einzunehmen, wie jetzt bekannt wurde. Ansonsten drohe McKinsey ein Reputationsschaden. Das Unternehmen berät 43 der 100-grössten CO₂-Emittenten, darunter etwa BP oder Exxon Mobil.

Die Top-Storys

Service chaotique Es brodelt beim Leutschenbach. Wie die «NZZ am Sonntag» in einer Recherche zeigt, sieht sich das Schweizer Radio und Fernsehen SRF zurzeit mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert: Umstrukturierungen lassen Mitarbeiterinnen verzweifeln, der Spardruck ist immens und die journalistische Qualität auf dem absteigenden Ast. Weitere Berichte sollen folgen.

Immer der Lava nach Peter Diethelm machts nichts aus, wenns brodelt. Im Gegenteil: Diethelm ist Vulkanjäger. SRF Dok hat ihn auf La Palma begleitet, der kanarischen Insel, auf der Mitte September ein Vulkan ausgebrochen ist (und übrigens bis heute noch Lava spuckt). Über eine Leidenschaft, die schon so mancher mit dem Leben bezahlt hat.

Sieht alles so echt aus hier Wussten Sie, dass das wunderschöne Grand Budapest Hotel im gleichnamigen Film von Wes Anderson gar nicht wirklich existiert? Okay, gut, das hätte man vielleicht erahnen können. Geschaffen hat das Hotel der deutsche Requisitenbauer Simon Weisse, der auch beim neusten Anderson-Film «The French Dispatch» wieder dabei ist (wie auch beim kommenden vierten «Matrix»-Film). Im Interview mit der deutschen Wochenzeitung «Der Freitag» erzählt er, wie er bei 100-Millionen-Euro-Produktionen schon gefragt wurde, ob seine 20-Euro-Farbe nicht doch etwas teuer sei.

Illustration: Till Lauer